

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 38 (1946)
Heft: 6

Artikel: Preis, Lohn und Politik in Frankreich
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Preis, Lohn und Politik in Frankreich

Als wir vor dem vom 8. bis 13. April in Paris abgehaltenen Kongress des Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) einigen journalistischen Berufskollegen die Frage stellten, ob es wohl auf dem Kongress zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen werde, begegneten wir zum Teil einem schlaun Lächeln und zum andern Teil der Feststellung, dass wohl vor dem Abschluss der Kreditverhandlungen mit den USA keine grundlegenden Entscheidungen über das Los der französischen Wirtschaft gemacht werden können.

Es ist dann auf dem Kongress trotzdem zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Lohnfrage gekommen. Die Redner der Minderheit, d. h. die Kollegen der alten CGT, haben sich, wie sie dies ohne Blick nach rechts oder nach links als gute Gewerkschafter seit der Blockierung der Löhne durch die Regierung getan haben, für allgemeine Lohnerhöhungen ausgesprochen, wobei sie von der Erwägung ausgingen, dass die von der Regierung ebenfalls versprochene Blockierung der Preise nie Geltung hatte und die Arbeiter bei den scharf steigenden offiziellen Preisen und den Phantasiepreisen des schwarzen Marktes einfach nicht mehr leben können. Die kommunistische Mehrheit hat die Lohnfrage « in Funktion », d. h. im Zusammenhang mit der Produktion gesehen und sie in erster Linie von der gesteigerten Produktion abhängig gemacht. Sie hat sich auf den — durchaus ehrbaren — Standpunkt gestellt, dass in gleicher Masse, wie die Arbeiterschaft durch ihre Anstrengungen die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes zu verbessern vermag, auch das Problem der Löhne zu prüfen und zu entscheiden sei. Endlich wollte sie — ebenfalls durchaus begreiflich — der Regierung, die sich zu je einem Drittel aus Ministern der sozialistischen und der kommunistischen Partei zusammensetzte, eine Anlaufzeit geben. Die Mehrheit hat diesen Standpunkt sehr heftig vertreten und vielleicht dabei den Ausführungen der Minderheit in ihrem ebenfalls durchaus ehrbaren Bestreben der sofortigen Lohnerhöhungen nicht immer die nötige Gerechtigkeit widerfahren lassen. « Wie viele Kollegen der Mehrheit haben », so sagt « Force Ouvrière », das Organ der Minderheit, « auf die Ausführungen jener, die auf das Elend in den Arbeiterfamilien hinwiesen, mit Beleidigungen geantwortet. » « Wie viele Kollegen der Mehrheit haben über die Redner der Minderheit gehöhnt, als diese vor sechs Wochen mit einschlägigen Ziffern zeigten, dass die Deblockierung der Löhne unumgänglich sei. » « Die Mehrheit hat den Argumenten des ‚erleuchteten Führers‘ zugejubelt, der sich damals gegen jegliche allgemeine Erhöhung der Löhne ausgesprochen hat. » Der Mehrheitsdelegierte Frachon hat

sogar, so wird weiter ausgeführt, gesagt, «solche Dinge mache man nicht am Vorabend von Wahlen».

Als dann dieser Vorabend noch näherkam, haben sich gerade die Kommunisten einigermaßen unerwartet und plötzlich doch für die allgemeine Erhöhung der Löhne ausgesprochen, was viele Leute zur Feststellung veranlasste, damit sei eben gerade jene «Politik» gemacht worden, über die man zuerst so subtil dachte.

Ob dem so ist, wollen wir nicht entscheiden, und es ist angesichts der grossen Notlage der Arbeiterschaft nicht so wichtig wie der Umstand, dass nunmehr ein einstimmiger Beschluss der Minderheit und der Mehrheit der CGT über die Notwendigkeit der allgemeinen Lohnerhöhung zustande gekommen ist. Sicherlich wäre es psychologisch und politisch von grosser Wichtigkeit, wenn man diesen Beschluss als eine Entscheidung betrachten könnte, die nur aus dieser Notlage heraus entstanden ist. Natürlich wirkt sich in unserer Welt jedes Geschehen und so auch das Verhalten in der Lohnfrage politisch aus, doch ist es im Interesse des Bestandes und der Zukunft jeder Gewerkschaft wichtig, dass der Anlass von Lohnforderungen rein gewerkschaftlich, d.h. wirtschaftlich bleibt, denn die Aufgaben der Gewerkschaften sind wirtschaftlich.

Dass eine allgemeine Erhöhung der Löhne in Frankreich nötig und angebracht ist, steht seit sehr langer Zeit fest. Sie ist sozial und wirtschaftlich mehr als gerechtfertigt. Die Deflation der Löhne hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Kaufkraft ist seit 1938 um mehr als 60 % zurückgegangen. Die Kosten für die rationierten Waren sind allein vom März 1945 bis 1946 um 40 % gestiegen. Seit März 1945, d.h. seit der letzten Anpassung der Löhne, sind die Engrospreise der industriellen Produkte um 142 % gestiegen. Die Produktion hat um 100 % zugenommen. Lediglich die Kaufkraft der Arbeiter ist in der gleichen Zeit um 18 % zurückgegangen.

Die von der CGT nunmehr einstimmig allgemein verlangte Lohnerhöhung von 25 % soll sich auf die verschiedensten Einkommen der verschiedensten Kategorien erstrecken: Lohnarbeiter, Angestellte, Ingenieure, Techniker der Industrie und des Handels, auf die Arbeiter der Landwirtschaft, die Beamten, Staatsarbeiter, Eisenbahner, Arbeiter der öffentlichen Dienste, auf die Pensionierten, die Familienzulagen, auf die Grund- und Akkordlöhne. Die paritätischen Berufskommissionen sollen sofort zusammentreten, um diese Erhöhungen in allen Kategorien durchzuführen.

Gleichzeitig verlangt die CGT, dass endlich auch energische Massnahmen auf dem Gebiete der Preise und gegen den Schwarzhandel ergriffen werden. Sie verlangt eine «strenge Ueberprüfung aller Preise, damit in dieser Zeit, wo die Volks-

massen schwere Entbehrungen erdulden, die Gewinnmarge auf ein Minimum herabgesetzt werde ».

Endlich fordert die CGT im Sinne einer Zusammenarbeit der Produzenten, des Handels und der Konsumenten alle ihre Departementskartelle auf, die Initiative zu ergreifen zur Gründung von Kommissionen in den verschiedenen Departementen, die sich aus Vertretern der Gewerkschaften (Gewerkschaftskartelle der Departemente), der Bauern (Bauernorganisationen und Genossenschaften), der Organisationen der Kaufleute, der Konsumgenossenschaften und der Frauenorganisationen zusammensetzen und die beauftragt werden sollen, regelmässig Preislisten aufzustellen. Sie sollen durch die regionale Presse und alle andern Mittel die Preise bekanntgeben, die sie als überhöht und unehrlich betrachten. Die Kommissionen sollen die lokalen Organisationen und die Konsumenten einladen, ihnen alle Fälle von Spekulation, schwarzem Markt usw. bekanntzugeben. Sie werden diese Klagen an die offiziellen Behörden weiterleiten und über ihre Behandlung wachen. Durch die Presse, durch Versammlungen und Plakate sollen die Namen der Schwarzhändler, Hamsterer und unehrlichen Kaufleute bekanntgegeben werden. Die CGT ist überzeugt, dass sie bei diesem Vorgehen die Unterstützung aller jener Produzenten und Kaufleute haben wird, die ihren ehrlichen Ruf gegen alle skrupellosen Schwindler und Schwarzhändler zu verteidigen wünschen.

Auch all dies wird jedoch nicht genügen. Eine entscheidende Besserung kann nur kommen, wenn ein anderer Geist und strukturelle Änderungen in der ganzen Wirtschaft eintreten. Denn die Wirtschaft kann nur geben, was man in sie hineinsteckt an Ideen, Erneuerung und Umstellungen. Alle diese Massnahmen müssen, wie Jouhaux in einem Artikel in « Le Peuple » (Nr. 96) sagt, im Rahmen einer zusammenhängenden und zusammenfassenden Gesamtpolitik ergriffen werden: « Wenn man Planwirtschaft treiben will, ohne den Liberalismus aufzugeben, so setzt man sich einer sozialen Krise aus, die die Möglichkeiten der schnellen und totalen Wiederherstellung der nationalen Wirtschaft ernstlich gefährden muss. »

R.